

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Berichterstattung zu "Zweckentfremdung von Geldern des Länderfinanzausgleichs durch systemisches Justizversagen in Berlin" bitten wir um eine Stellungnahme.

Unser Zeichen: SP-PR-HABEFRAGEN

Bitte geben Sie dieses Zeichen bei Ihrer Antwort sowohl im Betreff als auch im Nachrichtentext an.

Bezug: Beitrag vom 03.07.2026

PRESSEANFRAGE: Zweckentfremdung von Geldern des Länderfinanzausgleichs durch systemisches Justizversagen in Berlin

An: Pressestelle der Bayerischen Staatskanzlei / z.Hd. Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Von: Christian Reimer, Freier Journalist (DVFJ) / Redaktion Sentinel-Portal.com

Datum: 06. Juli 2026

das Nachrichten- und LegalTech-Portal Sentinel-Portal.com recherchiert aktuell zur Ressourcen- und Steuergeldverschwendung in der Berliner Justizverwaltung. Bayern ist bekanntlich der größte Nettozahler im Länderfinanzausgleich, während Berlin der größte Empfänger ist. Vor diesem Hintergrund wendet sich die Redaktion an Sie.

Uns liegen umfassende, gerichtsfeste Dokumente und Mail-Protokolle vor, die ein beunruhigendes Muster zeigen: Die Berliner Justizverwaltung und nachgeordnete Gerichte (wie das AG Kreuzberg und das Kammergericht) ignorieren systematisch Hinweise auf Compliance-Verstöße, Datenschutz-Lecks und illegale Verfahrensführungen.

Ein konkretes Beispiel: Am 13.06.2026 lag der Berliner Senatsverwaltung für Justiz ein offizielles Angebot zur justiziellen Selbstkorrektur vor. Ziel war es, ein absehbares und steuerfinanziertes Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) durch interne Klärung abzuwenden. Die Behörde ignorierte das Angebot nicht nur, sondern provozierte durch ihr Handeln die teure Klageerhebung, welche jetzt in Vorbereitung ist. Ähnlich wird aktuell bei presserechtlichen Anfragen verfahren, die durch behördliches Schweigen bewusst in teure gerichtliche Eilverfahren getrieben werden.

Im Rahmen unserer Berichterstattung bitten wir die Bayerische Staatskanzlei als maßgeblichen finanziellen Unterstützer des Landes Berlin um Stellungnahme:

1. Wie bewertet die Bayerische Staatsregierung die dokumentierte Praxis der Berliner Justiz, interne Aufklärung zu verweigern und Bürger stattdessen in kostenintensive, steuerfinanzierte Klage- und Eilverfahren zu zwingen?

2. Sieht die Staatsregierung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Möglichkeiten oder Notwendigkeiten, Länder wie Berlin zu einer effizienteren und rechtmäßigeren Nutzung ihrer Justizressourcen (Vermeidung von VKH-Missbrauch und unnötigen Prozessen) anzuhalten?

Wir weisen darauf hin, dass die Beantwortung in einen größeren redaktionellen Beitrag zum Thema "Kostenfalle Justiz: Wer zahlt für Berlins Behörden-Chaos?" einfließen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Reimer

Redaktion Sentinel-Portal.com

Journalist Reimer